

# Industrie Standortstrategie Tirol

Die Industriellenvereinigung Tirol hat im Juli 2016 beschlossen, eine Industriestandort Strategie Tirol zu erarbeiten. Im August 2016 wurde P8 Marketing mit der strategischen und kommunikativen Begleitung des Projektes beauftragt.

Eine wesentliche Grundlage für die Definition der umzusetzenden Maßnahmen sind die Ergebnisse einer breit angelegten Einbindung der Mitglieder der IV-Tirol. Es wurden dazu 35 Tiefeninterviews mit Verantwortlichen von Industrieunternehmen aus allen Teilen des Landes geführt und ausgewertet.

Unter wissenschaftlicher Begleitung durch das Institut für Wirtschaftstheorie, -politik und -geschichte der Fakultät für Volkswirtschaft und Statistik an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck unter Prof. Dr. Gottfried Tappeiner und Prof. Dr. Christoph Hauser wurden die für Tirol besonders relevanten Standortkriterien erarbeitet.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Mitgliedereinbindung und der wissenschaftlichen Begleitung wurden in der Folge Maßnahmen formuliert, die gemeinsam mit den unterschiedlichen Beteiligten umgesetzt werden sollen, um den Industriestandort Tirol mittel- und langfristig abzusichern.

Die erforderlichen Maßnahmen sind auf verschiedenen Ebenen umzusetzen. Sehr viele Forderungen betreffen den Bund in Gesetzgebung und Vollziehung. Die Umsetzung dieser Forderungen wird über die Bundes-IV vertreten, aber es benötigt dafür auch die Unterstützung des Landes Tirol.

Ein Teil der Maßnahmen wird von der IV-Tirol, als Interessenvertretung der Mitglieder und der gesamten Tiroler Industrie, umgesetzt werden.

Im Folgenden werden die Maßnahmen, für deren Umsetzung das Land Tirol zuständig ist bzw. die Mitarbeit unabdingbar ist, dargestellt.

Innsbruck, April 2017



## Die wichtigsten Maßnahmen für den Industriestandort Tirol

Auf der Grundlage der durchgeführten Gespräche, der Häufigkeit der Nennung bestimmter Themen, der zugemessenen Bedeutung, der Relevanz aus wissenschaftlicher Sicht und einem von den Mitgliedern des Präsidiums der IV durchgeführten Priorisierung wurden die Verhandlungsgegenstände festgelegt.

Um den Industriestandort in den entscheidenden Punkten weiter zu entwickeln, ist die **Konzentration auf die entscheidenden Kernthemen** notwendig. Die hoch bewerteten und umzusetzenden Maßnahmen wurden zu Verhandlungspaketen zusammengefasst:

### Verhandlungspaket 1: Grundsätzliche Standortfragen

- Ganztägige und ganzjährige Kinderbetreuung
- Bildungsniveau von Schulabgängern verbessern
- Imagekampagne für die Tiroler Industrie

### Verhandlungspaket 2: Digitalisierung

- Umsetzung der Digitalisierungsoffensive Tirol
- Konzept und Umsetzung Digital Campus Tirol

### Verhandlungspaket 3: Verwaltung

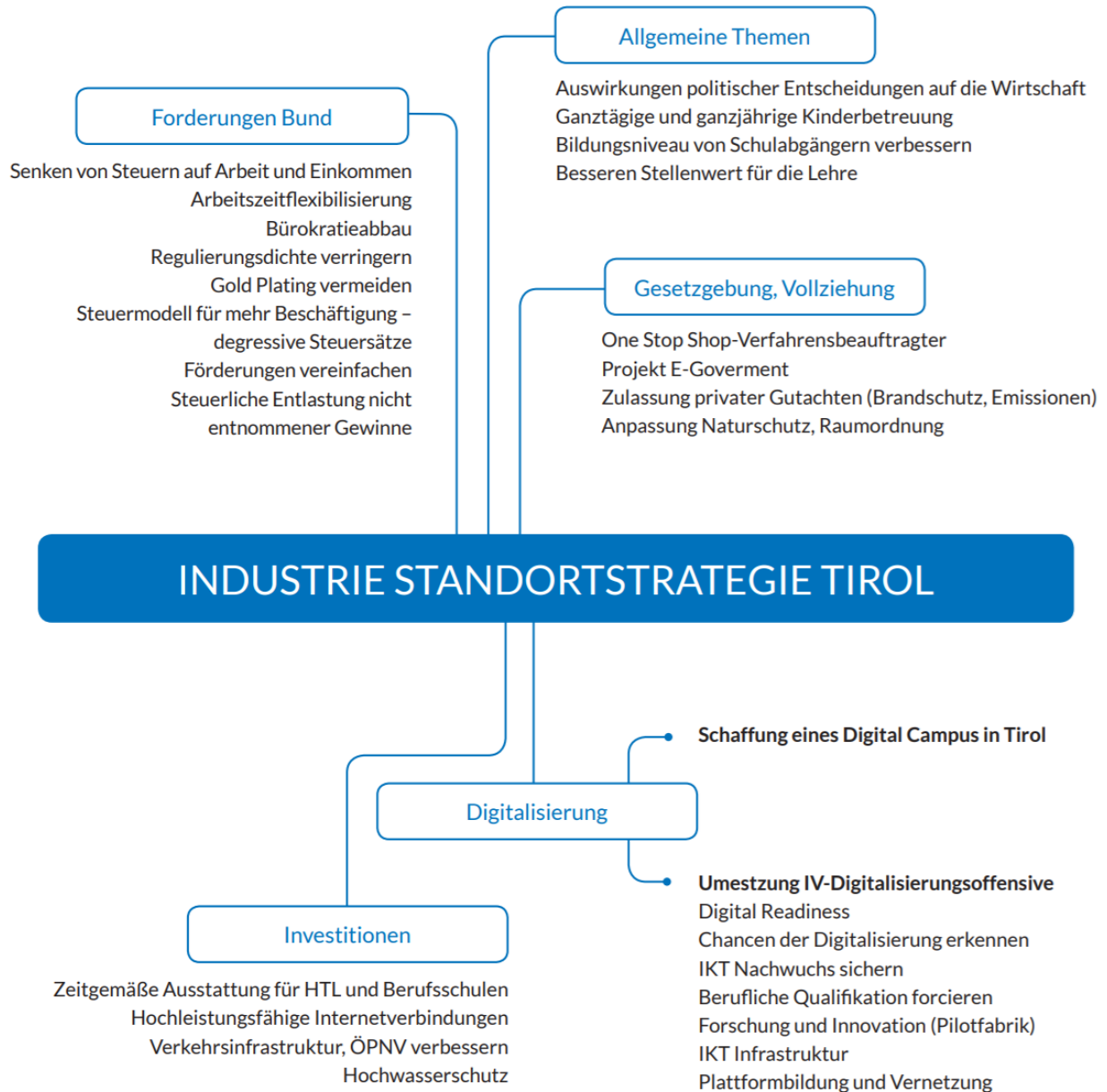
- Verfahren konzentrieren, beschleunigen und vereinfachen
- Projekt E-Government Tirol

### Verhandlungspaket 4: Gesetzgebung

- Standortverträglichkeit von Gesetzen überprüfen
- Anpassung Naturschutzgesetz
- Raumordnungsprogramm Rohstoffe

### Verhandlungspaket 5: Investitionsprogramm

- Flächendeckendes Breitband Internet
- ÖPNV: Industriefreundliche Verbindungen
- Verkehrsinfrastruktur ausbauen
- HTL und Berufsschulen: Zeitgemäße Ausstattung



## Verhandlungspaket 1: Grundsätzliche Standortfragen

### 1. Ganztägige und ganzjährige Kinderbetreuung

#### Problem:

In zahlreichen Gemeinden und Regionen Tirols fehlt es an einem Angebot für die **ganzjährige und ganztägige Kinderbetreuung**. Eltern, die ganztägig arbeiten wollen bzw. müssen um ein entsprechendes Einkommen zu erzielen, werden derzeit vor große Probleme gestellt.

Die Kinderbetreuung **wird zum Teil** in der Wohnsitzgemeinde **überhaupt nicht angeboten** oder ist zeitlich unzureichend. Ein gravierendes Problem ist auch die Betreuung von Kindern deren Eltern nicht in ihrer Wohnsitzgemeinde arbeiten, wenn es in der Wohnsitzgemeinde kein Angebot gibt.

Bei schulpflichtigen Kindern sind die Probleme tageszeitlich - **früher Schulschluss** ohne anschließende Betreuung - und jahreszeitlich die **langen Ferienzeiten**.

Viele der befragten Unternehmen sehen die ganztägige und ganzjährige Kinderbetreuung als zentrale Zukunftsaufgabe, um berufstätigen Eltern - besonders Frauen - die **Erwerbstätigkeit auch mit zu betreuenden Kindern** zu ermöglichen bzw. sie von der derzeit oft schwer organisierbaren Kinderbetreuung zu entlasten. Das Problem wird auch zentral gesehen für die demografische Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit des Sozialsystems mit der absehbaren Überalterung bei zu geringer Geburtenrate.

#### Ausgangslage:

Die Kinderbetreuung ist im Tiroler Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz i.d.F. vom 27. Februar 2017 geregelt. Das Gesetz normiert die Verpflichtung, Kinderbetreuung anzubieten, allerdings mit dem schwer kontrollierbaren Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

*§ 9 Abs. 1 lautet: **Die Gemeinden haben zu gewährleisten, dass unter Berücksichtigung von gemeindeübergreifenden sowie von jenen privaten Kinderbetreuungseinrichtungen, deren Betrieb von der Gemeinde durch finanzielle Mittel oder durch Sachmittel unterstützt wird, ein ganztägiges und ganzjähriges Angebot an Betreuungsplätzen in einem solchen Ausmaß sichergestellt ist, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist.***

Das Gesetz verpflichtet die Gemeinden den Bedarf an Betreuungsplätzen zu erheben und an das Land zu melden.

Die **Schulzeiten** sind in den Schulgesetzen geregelt.

Die Kinderbetreuung ist für Kinder bis zur Schulpflicht **Landessache**. Das Schulwesen ist in der Gesetzgebung **Bundekompetenz**. Das Land hat aber im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung Gestaltungsmöglichkeiten.

### Maßnahmen:

Das Tiroler Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz wird dahingehend novelliert, dass ein **gesetzlicher Anspruch auf Kinderbetreuung ganztätig und ganztätig (von 07.00 - 18.00 Uhr)** ausdrücklich im Gesetz vorgesehen wird. Dabei ist die Zusammenarbeit (vor allem bei Kindern, deren Eltern nicht am Wohnsitz arbeiten) der Gemeinden vorzusehen.

Für die schulpflichtigen Kinder schafft das Land Tirol gemeinsam mit den Gemeinden und den Schulen ein **flächendeckendes Angebot** für die ganztätige und ganztätige Kinderbetreuung.

Das Land Tirol setzt sich auf Bundesebene mit Nachdruck für die **schulische Ganztagesbetreuung** ein.

### Auswirkungen:

Lösung der zum Teil existentiellen **Probleme von Eltern**, die Betreuungsbedarf haben.

**Bessere Verfügbarkeit von Arbeitskräften** für die Unternehmen - Erhöhung der Erwerbsquote.

Verbesserung der **Chancen am Arbeitsmarkt für Frauen**.

Entlastung des **Sozialsystems** durch Erhöhung der Erwerbsquote.

Verbesserung **der Integration von nicht deutschsprechenden Kindern** durch frühzeitigen Spracherwerb und in der Folge die Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt.

### Übereinstimmung mit Standortkriterien:

Die Maßnahme entspricht dem Kriterium Humankapital.

## Verhandlungspaket 1: Grundsätzliche Standortfragen

### 2. Bildungsniveau von Schulabgängern verbessern

#### Problem:

Es ist bekannt, dass Österreich in internationalen Vergleichen bei der Qualifikation von Schulabgängern nicht sehr gut abschneidet (PISA-Tests). **Unternehmen**, die Lehrlinge einstellen sind aber unmittelbar mit dem Problem konfrontiert und sie **bestätigen, die unzureichende Qualifikation** von Bewerbern um Lehrstellen. Im urbanen Bereich zeigt sich das Problem deutlicher als am Land.

Das Problem wird sich weiter verschärfen. Große renommierte Betriebe mit einem standardisierten Auswahlverfahren **registrieren den zahlenmäßigen Rückgang an Bewerbern und auch die mangelnde Qualifikation**. Auch die große Anzahl an Jugendlichen mit Migrationshintergrund trägt zur Verschärfung des Problems bei.

#### Die Folgen:

Lehrstellen können zum Teil überhaupt nicht und zum Teil nur durch unzureichend ausgebildete Bewerber besetzt werden. Längerfristig fehlen die Fachkräfte. Die Auswirkungen betreffen die Unternehmen und in weiterer Folge das gesamte Gemeinwesen durch

- Abnahme der Beschäftigung
- geringere Steuerleistung der Unternehmen
- verstärkte Inanspruchnahme von Sozialleistungen (Mindestsicherung...)
- Probleme, die sich aus Nichtbeschäftigung von Jugendlichen zwangsläufig ergeben

#### Maßnahmen:

Landesprogramm zur Qualifizierung von Schulabgängern, die auf Grund ihrer schulischen Kenntnisse nicht befähigt sind, eine Lehrstelle anzunehmen bzw. die Berufsschule erfolgreich abzuschließen.

Qualitätssicherungsmodell für Schulen mit Bewertung der Zielerreichung durch die Schulen bzw. die einzelnen Lehrpersonen einführen. Umsetzung des Modells auf Landesebene (Landesschulen) und nachdrücklicher Vertretung auf Bundesebene.

Strenge Sanktionierung (Eltern und Schüler) bei Vernachlässigung der Schulpflicht.

**Übereinstimmung mit Standortkriterien:** Die Maßnahme entspricht dem Kriterium Humankapital.



## Verhandlungspaket 1: Grundsätzliche Standortfragen

### 3. Imagekampagne für die Tiroler Industrie

#### Problem:

Die Industrie erbringt in Tirol einen wesentlichen Teil der Bruttowertschöpfung. Im Vergleich zu anderen Sektoren ist aber **die Bedeutung der Industrie in der Bevölkerung, aber auch bei Entscheidungsträgern, zu wenig bewusst.**

Das Image der Industrie als verlässlicher und attraktiver Arbeitgeber, Investitionsmotor und Treiber von Innovation ist zu wenig ausgeprägt.

Für das Image der Industrie wendet die IV-Tirol erhebliche Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit auf. Das ist aber nicht ausreichend, um die Zielgruppen nachhaltig zu erreichen.

In der Industrie wird auch festgestellt, dass im Gegensatz zu anderen Bereichen - etwa Tourismus oder Landwirtschaft - sich das Land nicht an den Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing beteiligt.

Eine positive Kampagne ist auch notwendig, damit **die Stärken der Tiroler Industrie** wieder mehr in Erscheinung treten und damit auch die Stimmung für Investitionen im Land verbessert wird.

#### Maßnahmen:

**Entwicklung und Umsetzung einer Imagekampagne** für die Tiroler Industrie auf der Grundlage gesicherter Daten (Umfrage) unter Federführung der IV und finanzieller Beteiligung des Landes und evt. weiterer Partner.

## Verhandlungspaket 2: Digitalisierung

### Digitalisierungsoffensive und Digital Campus Tirol

#### Herausforderung:

Digitalisierung und Automatisierung in ihren vielfältigen Ausprägungen sind die zentralen Herausforderungen der Industrie und werden es auch in absehbarer Zeit bleiben. Die Anforderungen an alle Beteiligten ändern sich dabei dramatisch.

Um diese Transformationsprozesse bewältigen zu können und um die Chancen daraus zu nutzen, wurde über Initiative der IV-Tirol mit allen wesentlichen Beteiligten die **Digitalisierungsoffensive Tirol mit konkret umsetzbaren Maßnahmen** entwickelt.

Die umzusetzenden Maßnahmen und die Zuständigkeiten ergeben sich aus der umfangreichen Dokumentation zur Digitalisierungsoffensive.

In der zentralen Zukunftsfrage Bildung gibt es sehr viele Einzelinitiativen. Es fehlt aber die umfassende Betrachtungsweise und entsprechende fachübergreifende Bildungsangebote.

#### Maßnahmen:

Die **Umsetzung der Digitalisierungsoffensive** ist durch einen dafür ausgewählten Beauftragten zu koordinieren und voranzutreiben.

Gemeinsame Initiative des Landes und der IV-Tirol für einen **Digital Campus in Tirol: Beteiligung des Landes und des Bundes** (Gespräche mit Bundesregierung) an den Kosten für die Ausarbeitung eines Konzeptes für die Errichtung und in der Folge für den Betrieb.

#### Übereinstimmung mit Standortkriterien:

Die verschiedenen Maßnahmen der Digitalisierungsoffensive entsprechen den Kriterien **Intelligente Spezialisierung, Digitalisierung, Cluster Netzwerke, Innovationssysteme und Humankapital** nach dem Regional Competitiveness Index.

## Verhandlungspaket 3: Verwaltung

### 1. Verfahren konzentrieren, beschleunigen und vereinfachen

#### Probleme:

Sehr viele Unternehmen beklagen, dass **Verfahren lange dauern, einen großen Aufwand verursachen und die Rechtsmaterien sehr kompliziert** sind. Gerade kleinere Unternehmen sind mit Verfahren oft überfordert. Für alle Unternehmen bedeuten die langen Verfahren Verzögerungen und **eingeschränkte Planbarkeit der betrieblichen Entwicklung**.

Nahezu alle Unternehmen stellen fest, dass sich die Bezirkshauptmannschaften sehr bemühen, aber auf Grund der Gegebenheiten **keine für Unternehmen vorteilhaftere Abwicklung** möglich ist.

Industrieunternehmen beklagen zudem die **lange Dauer von UVP-Verfahren**, die vor allem ihre Kunden (Kraftwerksbetreiber, Skigebiete...) betrifft und große Auswirkungen auf die Industrie (Zulieferer, Bauindustrie) hat.

Gerade bei **Betriebsanlagengenehmigungen** wünschen sich Unternehmen spezialisierte Ansprechpartner bei den Behörden, um die komplexen Materien gemeinsam bewältigen zu können.

Immer wieder werden die Vorgangsweise und die verlangten Auflagen der Sachverständigen im **Bereich Emissionen und im Bereich Brandschutz** als besonders kostenintensiv und zum Teil unverständlich beurteilt.

#### Maßnahmen:

Festlegen **einer maximalen Verfahrensdauer** nach Vorliegen aller Unterlagen.

Das Land Tirol führt im Sinne eines „**One-Stop-Shop**“ **einen Verfahrensbeauftragten** als Ansprechpartner für Antragsteller in Verwaltungsverfahren ein, bei denen mehr als eine Abteilung/Behörde beteiligt ist. Der Verfahrensbeauftragte wird auf Wunsch des Antragstellers tätig und hat den ausdrücklichen Auftrag das Verfahren zu beschleunigen und den Antragsteller zu unterstützen.

**Spezialisierung einzelner Bezirkshauptmannschaften** auf Rechtsmaterien, besonders bei Betriebsanlagengenehmigungen (Industrie, Tourismus, Bergbau...)

**Zulassung von weiteren nichtamtlichen Sachverständigen** gem. § 52 Abs. 3 AVG über Anregung des Antragstellers besonders für die Bereiche **Brandschutz als Alternative zur Landesstelle**.

**Zulassung von nichtamtlichen Sachverständigen** auch für andere Bereiche, besonders beim Fachbereich **Emissionen**.

**Übereinstimmung mit Standortkriterien:**

Die Maßnahmen entsprechen dem **Kriterium Innovationssystem** mit der Zielsetzung der Vernetzung von Unternehmen mit öffentlichen Institutionen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und dem **Kriterium Intelligente Spezialisierung, Digitalisierung**.

## Verhandlungspaket 3: Verwaltung

### 2. Projekt E-Government Tirol

#### Problem:

Unternehmen beklagen die Notwendigkeit, bei Verfahren **Unterlagen in Papierform** und in mehrfacher Ausfertigung einbringen zu müssen. Die Verwaltung wird als nicht mehr zeitgemäß angesehen.

Derzeit beschränkt sich E-Government auf ein paar wertvolle Anwendungen wie TIRIS oder die Möglichkeit des Downloads von Anträgen und Pilotversuche. Der Bund ist hier mit Anwendungen wie Finanz-Online und das Unternehmensservice Portal wesentlich weiter und sogar in einem EU-Ranking sehr weit vorne.

#### Die Folgen:

Unternehmen sind **gewohnt, Geschäftsbeziehungen online** abzuwickeln, Unterlagen digital aufzubereiten und an den Geschäftspartner weiter zu leiten.

Zudem ist Transparenz über den Stand der Abwicklung von Geschäftsfällen sehr wichtig für die Ressourcenplanung im Unternehmen.

#### Lösungsansatz:

**Land Tirol und IV kooperieren** bei der Entwicklung von E-Government Tirol.

Die Anforderungen werden mit Praktikern aus der Industrie definiert und mit Unterstützung von Unternehmen (z.B. Testlauf mit ausgewählten Unternehmen) umgesetzt.

#### Auswirkungen:

Die Einreichung wird vereinfacht. Die Verfolgbarkeit des Aktes trägt zur Beschleunigung bei. Das Land wird innovativ wahrgenommen. Der Standort wird attraktiver.

#### Übereinstimmung mit Standortkriterien:

Die Maßnahme entspricht dem Kriterium Innovationssystem mit der Zielsetzung der Vernetzung von Unternehmen mit öffentlichen Institutionen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

## Verhandlungspaket 4: Gesetzgebung

### 1. Standortverträglichkeit von Gesetzen überprüfen

#### Probleme:

Unternehmen sehen seit vielen Jahren die Tendenz, dass bei der Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen (Gesetze, Verordnungen) **die Folgen für den Wirtschaftsstandort** nicht im Voraus bewertet werden.

Die Folgen sind zum Teil rechtliche Rahmenbedingungen, die Investitionen erschweren und verzögern, die Abläufe in den Unternehmen durch Kontrollen, Dokumentationspflichten etc. verteuern und verkomplizieren und insgesamt dazu führen, dass in der Wirtschaft die Stimmung vorherrscht, dass bei der Gestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen auf alle Interessen Rücksicht genommen wird, außer den wirtschaftlichen.

#### Maßnahme:

Das Land Tirol verpflichtet sich dazu, alle Gesetze und Verordnungen vor Beschlussfassung durch eine unabhängige Stelle\* auf ihre Auswirkung auf die Wirtschaft überprüfen zu lassen.

Das Ergebnis der Überprüfung wird jedenfalls mit Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung besprochen und bei schwerwiegenden Auswirkungen werden gemeinsam die notwendigen Anpassungen überlegt.

#### Übereinstimmung mit Standortkriterien:

Die Maßnahme entspricht dem Kriterium „Qualität der Institutionen“ nach dem Regional Competitiveness Index.

*\*Die Überprüfung könnte in Zusammenarbeit mit der Kammer der Wirtschaftstreuhandler oder auch in Zusammenarbeit mit Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer durchgeführt werden.*

## Verhandlungspaket 4: Gesetzgebung

### 2. Naturschutz, Raumordnung

#### Probleme:

Industriebetriebe sind von Gesetzen und Verordnungen im Kompetenzbereich des Landes **in vielfältiger Weise und sehr individuell** betroffen.

Sehr viele Betriebe stellen fest, keine oder geringe Probleme mit den Bestimmungen von Landesgesetzen zu haben. Es wird anerkannt, dass unter den natürlichen, topografisch vorgegebenen Bedingungen des Landes **besondere Reglementierungen notwendig** sind.

Für einige Betriebe sind aber Anpassungen erforderlich, um die Grundlage ihrer Geschäftstätigkeit (Abbau und/oder Nutzung von Bodenschätzen...) zu erhalten.

**Einige Bestimmungen** - etwa im Naturschutzgesetz - sind auch unverständlich, erfordern einen hohen Verwaltungsaufwand und führen zu realitätsfremden Ergebnissen.

**Beim Vollzug der Raumordnung** (Widmungen) sind in der Vergangenheit Fehler gemacht worden, die für bestehende Betriebe dauerhafte Probleme und Nachteile bedeuten und die nicht wiederholt werden dürfen.

#### Maßnahmen:

Anpassung der Bestimmungen zur **Naturschutzabgabe** - Vorschreibung nach abgebauter und nicht nach bewilligter Menge.

Anpassung der Bestimmungen im **Naturschutzgesetz** zu Werbeeinrichtungen (Ausnahme der Bewilligungspflicht im Werksgelände).

Vorsorge für die **Verfügbarkeit von Rohstoffen** für die Verarbeitung (Zement...) und für die Bauindustrie (Schotter) durch eine entsprechende überörtliche Raumplanung mit Reservierung von Flächen für die Rohstoffgewinnung.

#### Übereinstimmung mit Standortkriterien:

Die Maßnahme entspricht dem Kriterium „Qualität der Institutionen“ nach dem Regional Competitiveness Index.

## Verhandlungspaket 5: Investitionsprogramm

### 1. Infrastruktur, Verkehr, Energie

#### Probleme:

In einigen Teilen des Landes zeigen sich **Nachteile durch eine nicht optimale Verkehrsanbindung** und es werden sogar weitere Nachteile (z.B. im Bezirk Reutte) durch verkehrsbeschränkende Eingriffe durch die Politik befürchtet.

Konsens gibt es, dass **optimal ausgebaute Verkehrswege**, die Anbindung an internationale Flughäfen und auch die Versorgung durch den **ÖPNV** für die Industrie von essentieller Bedeutung sind.

Existenziell für Unternehmen ist die Anbindung an **leistungsfähige Datenübertragungsnetze**.

Zudem wird auch festgestellt, dass es beim **Ausbau der Infrastruktur** (Bahn, Radwege...) einen Aufholprozess geben muss. Für einige Betriebe ist die **Frage des Hochwasserschutzes** existenziell und entscheidend, ob am Standort in Zukunft investiert wird.

#### Zentrale Maßnahmen:

Beschleunigung der Versorgung aller Landesteile mit hochleistungsfähigen **Internetanbindungen**.

Verbesserung der Anbindung von Industriebetrieben an den **ÖPNV** und Verbesserung der Versorgung (Verbindungen, Taktung, Abstimmung mit Werksverkehr...) nach durchgeführter Erhebung bei den Industriebetrieben Tirols.

Ausbau und **Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur** mit besonderer Berücksichtigung der Probleme in den Randlagen des Landes (Osttirol, Reutte).

#### Weitere Maßnahmen:

**Ausbau der Wasserkraft** als Grundlage industrieller Entwicklung und Versorgung.

Wirksame **Investitionen in den Hochwasserschutz** zum Schutz der Industriebetriebe (dringend: Jenbach).



### **Übereinstimmung mit Standortkriterien:**

Die verschiedenen Maßnahmen unterstützen indirekt die Kriterien nach dem Regional Competitiveness Index.

## Verhandlungspaket 5: Investitionsprogramm

### 2. Ausstattung HTL und Berufsschulen

#### Probleme:

In der Industrie haben sich die Anforderungen an die Mitarbeiter, die Maschinen bedienen und programmieren, drastisch verändert.

Unternehmen **stellen fest, dass in den HTLs und in Berufsschulen die jungen Menschen zum Teil an veralteten Anlagen** ausgebildet werden. Das Ergebnis ist, dass die Auszubildenden nicht am letzten Stand der Entwicklung sind.

#### Maßnahmen:

**Erhebung des Bedarfs** an Erneuerung in der Ausstattung von HTL und Berufsschulen.

**Erneuerung im Rahmen eines Landesprogramms** mit Einbindung des Bundes in die Finanzierung.

#### Übereinstimmung mit Standortkriterien:

Die Maßnahmen entsprechen den Kriterien **Humankapital** nach dem Regional Competitiveness Index.

## Anhang:

Handlungsempfehlungen des Instituts für Wirtschaftstheorie, -politik und -geschichte der Fakultät für Volkswirtschaft und Statistik an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

## Handlungsempfehlungen

Unter Berücksichtigung der angeführten Ergebnisse werden im Folgenden für jeden der vier Bereiche Maßnahmen für die Stärkung des Standorts Tirol skizziert. Diese sogenannten Handlungsfelder sollen Impulse für politische Interventionen aufzeigen, welche die Wettbewerbsfähigkeit von lokalen Industriebetrieben langfristig erhöhen können.

### Handlungsfeld: Humankapital

Kognitive Fähigkeiten und spezifische Interessen werden bereits in den ersten Lebensjahren ausgebildet. Rückstände in diesen Bereichen können somit den weiteren Lebens- und Karriereweg entscheidend beeinflussen.

Um Unterschiede zwischen Kindern aus verschiedenen sozialen Schichten möglichst frühzeitig auszugleichen, ist ein **flächendeckender Ausbau der Kindergartenbetreuung von größter Bedeutung**. Nur so können Angebote im Hinblick auf frühkindliche Bildung und **sprachliche Frühförderung unabhängig von der Herkunftsfamilie** gewährleistet werden. Diese Maßnahme hat zwei für Wirtschaft und Gesellschaft bedeutende Folgewirkungen: Zum einen erleichtert die Ganztagesbetreuung in Kindergärten die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Zum anderen profitieren insbesondere Kinder aus Migrantenfamilien von sprachlicher Frühförderung und der Vermittlung von liberal-demokratischen Grundwerten.

Die Fähigkeiten der österreichischen Schüler in Bezug auf **Naturwissenschaften, Mathematik und Leseverständnis** verzeichneten in den letzten Erhebungen der PISA-Studie etwas verbesserte Werte, liegen aber immer noch etwas unter dem Durchschnitt der OECD-Länder bzw. deutlich unter den Ergebnissen wie z.B. der Bundesrepublik Deutschland. **Um diesen Rückstand aufzuholen erscheint es sinnvoll, erfolgreiche Schulmodelle in deutschen Regionen wie Bayern oder Sachsen bzw. in den skandinavischen Top-Performern wie Dänemark oder Finnland zu studieren**. Dabei sollte erhoben werden, inwiefern Ansätze wie die Ganztagesbetreuung oder eine Gesamtschule insbesondere leistungsschwachen Schülern bei der Aneignung von kulturellen Kernkompetenzen helfen.

In Anbetracht der steigenden Bedeutung von technisch-wissenschaftlichen Fähigkeiten für berufliche Tätigkeiten erscheint es sinnvoll, **einen verstärkten Schwerpunkt auf die MINT-Fächer zu legen**. Interessen für technische Konzepte und Phänomene sollten bereits in der Grundschule möglichst spielerisch vermittelt werden. Besondere Angebote für Schülerinnen können dazu beitragen, die immer noch persistenten Geschlechterunterschiede in naturwissenschaftlichen Feldern zu verringern bzw. zu eliminieren.

Nach wie vor gibt es in Tirol **einen deutlichen Rückstand in der Akademiker-Quote** im Vergleich zu Österreich bzw. Europa. Um mehr Personen die Möglichkeit einer tertiären Ausbildung zu ermöglichen, sollte das universitäre Bildungsangebot ausgeweitet und der Zugang vereinfacht werden. Mögliche Ansätze sind hier das Angebot von tertiären Studiengängen in peripheren Regionen bzw. von berufsbegleitenden Lehrgängen mit Schwerpunkt auf Online-Kursen.

### **Handlungsfeld: Innovation**

Um die avisierte Zielsetzung einer Forschungsquote am BIP von 3,75 % bis 2020 auch in Tirol zu erreichen bedarf es noch erhöhter Anstrengungen (Stand 2013: 3,14 %). Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Unterstützung und Förderung von F&E-Projekten gelegt werden. **Eine verstärkte Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft mit erhöhtem Austausch von Wissen und Technologie** kann zu bedeutenden Impulsen für solche Projekte führen.

Um die **Innovationsfähigkeit der lokalen Wirtschaft** zu gewährleisten ist ein kontinuierlicher Ausbau des Forschungs- und Wissenschaftsstandorts Tirol unabdingbar. Von besonderer Bedeutung erscheint dabei eine **Bündelung der bereits vorhandenen Kräfte wie dies im Campus Tirol vorgesehen ist**. Das Netzwerk der lokalen Hochschulen hat hohes Potential für die Implementierung von gemeinsamen Forschungsprojekten und stellt somit einen bedeutenden Mehrwert für den Wissenschaftsstandort dar. Dieser Mehrwert könnte durch eine Ankoppelung von Forschungsinstitutionen wie Fraunhofer Austria noch weiter gesteigert werden.

Die letztgenannte Institution kann **insbesondere Klein- und Mittelunternehmen bei der Implementierung von Innovationsaktivitäten** behilflich sein. Zusätzliche Hilfestellung im Bereich Marktforschung und Kommerzialisierung von neuen Produkten erleichtert es KMUs erfolgreich Innovationen auf den Markt zu bringen und den eigenen Umsatz auszuweiten. Gerade Kleinunternehmen wie Start-Ups sind so in der Lage, schnell und flexibel auf Marktchancen zu reagieren und diese wahrzunehmen.

Sowohl für KMUs als auch für Großunternehmen ist die **schrittweise Öffnung von Innovationsprozessen und Integration von Stakeholdern in Innovationsaktivitäten** relevant. Dieses Phänomen ist unter dem **Schlagwort „Open Innovation“** bekannt und von zunehmender Bedeutung für das Management von Wissenstransfers in Unternehmen.

Österreich hat als erste Nation ein **Strategiepapier für die Entwicklung von Initiativen** in diesem Bereich erstellt. Auch in Tirol gibt es vereinzelte Projekte für die Einbeziehung von möglichst vielen Personengruppen in Innovationsprozessen. Eine gemeinsame Plattform mit regelmäßigem Erfahrungsaustausch von Tiroler Unternehmen und Institutionen zu Initiativen und Projekten im Hinblick auf „Open Innovation“ könnte wertvolle Impulse für die Weitergabe von Erfahrungen und Kompetenzen liefern.

## **Handlungsfeld: Cluster**

Wie im Cluster Panorama der EU-Kommission angemerkt, haben Cluster-Strukturen besonders **in Sektoren mit hohem Innovationspotential eine nachhaltige Wirkung**. Als solche Sektoren werden die sogenannten emergenten Industrien angesehen, die mit neuen Geschäftsmodellen und innovativen Technologien eine hohe Dynamik an den Tag legen. Tirol verzeichnet eine starke Präsenz in den Sektoren Advanced Packaging und Logistical Services. Verstärkte Förderung von dynamischen (Klein-)Unternehmen in diesen und anderen emergenten Industrien kann Innovationsaktivitäten und Unternehmenswachstum nachhaltig steigern.

**Die Schaffung eines Ökosystems für Unternehmensneugründungen** ist von zunehmender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Tirol. **Erfolgreiche Start-Ups bieten dabei auch etablierten Unternehmen einen Mehrwert**, indem sie die Auslagerung von Aktivitäten und die Konzentration auf Kernkompetenzen ermöglichen. Somit können auch Großbetriebe von der Flexibilität und Reaktionsfähigkeit von Kleinunternehmen profitieren. Als zentraler Erfolgsfaktor für die Überlebensfähigkeit von Start-Ups wird der Zugang zu Finanzmärkten erachtet.

Während das Cluster Ecosystem Scoreboard dem Standort Tirol ein sehr gutes Zeugnis für lokale Start-Up Rahmenbedingungen ausstellt, wird **im Bereich Finanzierung noch Verbesserungspotential diagnostiziert**. Erhöhte Verfügbarkeit von Risikokapital bzw. Ausbau der bereits von der Standortagentur angebotenen Dienstleistungen für Vermittlung von Risikokapital kann die Gründung und Entwicklung eines Unternehmens erheblich vereinfachen. Dabei sollte darauf Wert gelegt werden, dass Finanzierungsinstrumente an die Wachstumsphase eines Unternehmens angepasst sind. Während es z.B. bereits einige Finanztöpfe für Anschubfinanzierungen gibt, fehlt es oft noch an Anschlussfinanzierungen nach der ersten Phase der Neugründung.

Die zunehmende **Digitalisierung von Produktions- und Geschäftsprozessen** ist die Schlüsseltechnologie für betriebliche Wettbewerbsfähigkeit in der nahen Zukunft. Arbeitskräfte mit digitalen Kompetenzen sind somit ein essentieller Faktor um die Konkurrenzfähigkeit von lokalen Unternehmen zu gewährleisten. **Bereits in der Grundschule sollten grundlegende Kenntnisse im Hinblick auf Umgang mit digitalen Technologien** vermittelt werden. Damit dies erfolgreich umgesetzt werden kann, muss eine moderne Ausstattung mit technischen Hilfsmitteln und Lehrmaterialien verfügbar sein. Zusätzlich müssen Ausbildungskräfte speziell auf die Vermittlung von digitalen Kompetenzen geschult werden.

Eine Diagnose der Akademie für Technikwissenschaften für die Bundesrepublik Deutschland lässt sich auch auf Österreich übertragen. **Es besteht die Gefahr einer doppelten digitalen Kluft: Einerseits zwischen Großunternehmen und KMUs und andererseits zwischen hoch- und geringqualifizierten Arbeitskräften.**

Damit digitale Kompetenzen möglichst umfassend transferiert werden können bedarf es der **Implementierung einer Digitalisierungsoffensive**. Eine solche Offensive sollte Institutionen aus Wirtschaft und Wissenschaft möglichst eng miteinander vernetzen und einen kontinuierlichen Austausch von Wissen und Erfahrungen ermöglichen. Im Zuge einer solchen Initiative können besonders KMUs für die Potentiale von digitalen Technologien sensibilisiert werden. Gering qualifizierte Arbeitskräfte können von gezielten Weiterbildungsmöglichkeiten profitieren und sich digitale Fitness für den Arbeitsmarkt aneignen.